



Evangelische Verantwortung

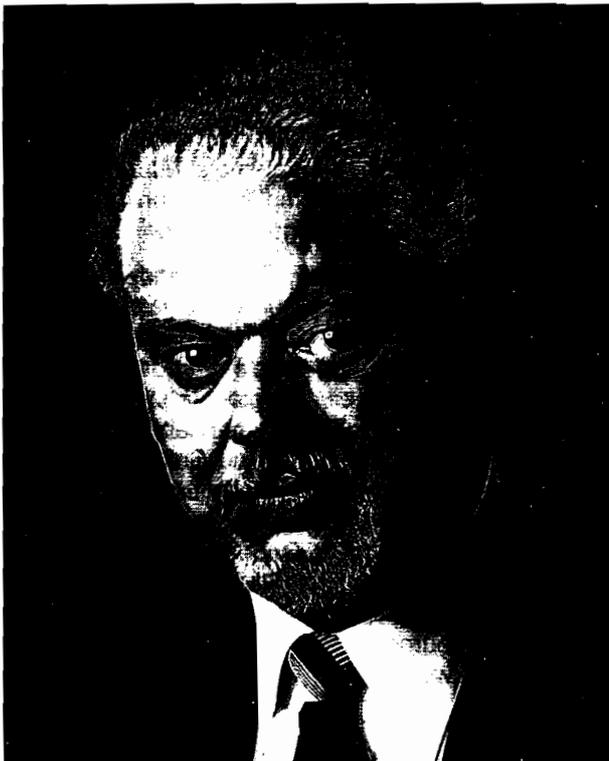
April 1986

Europas Engagement ist gefordert

Wege zum Frieden in Zentralamerika und der Karibik

Volkmar Köhler

Zentralamerika befindet sich in einer Phase seiner Geschichte, in der demokratische Strukturen zum ersten Mal eine Chance der stabilen Entwicklung haben. Der Weg zur Demokratie ist aber nicht zu trennen von der Überwindung ungerechter Wirtschaftsstrukturen und sozialer Not. Dieser Prozeß ist nicht frei von Rückschlägen, und es wird in den Ländern



Dr. Volkmar Köhler
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit

der Region und bei ihren westlichen Partnern großer Geduld und noch größerer Unterstützungsbereitschaft bedürfen, um ihn erfolgreich zu Ende zu führen.

Just in dieser Phase einer beginnenden hoffnungsvollen Entwicklung zu mehr politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit und Stabilität ist Zentralamerika zu einem neuen Schauplatz der Ost-West-Auseinandersetzung geworden. Dies hat unmittelbare Rückwirkungen auf Europa, denn unser Bündnispartner USA wird damit an der Südflanke seines Territoriums, in diesem von den USA seit langem als Sicherheitszone verstandenen Raum, politisch und militärisch gebunden. Es ist sicher nicht verfehlt anzunehmen, daß die UdSSR in Zusammenarbeit mit Kuba die Auseinandersetzungen in Mittelamerika auch deshalb weiter schürt, um die USA von Europa abzulenken und damit selbst mehr Handlungsspielraum dort zu gewinnen.

Allen Beteiligten ist klar, daß eine militärische Lösung zur Beseitigung der Konfliktherde in und um Zentralamerika einen unkalkulierbaren Preis kosten würde. Die Bundesregierung ist sich mit der Regierung der USA und den Ländern Zentralamerikas darin einig, daß es eine politische Gesamtregelung auf der Grundlage der Vertrauensbildung im Bereich der militärischen Potentiale, der Verwirklichung der Menschenrechte und demokratischer Ordnungen geben muß, wenn die Entwicklung in diesem Raum in stabile Bahnen gelenkt werden soll.

In erster Linie ist die Konflikursache in der Unterentwicklung und der sozialen Unausgewogenheit zu suchen. Dabei haben Fragen der Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit sowie andere soziale Vertei-

lungsprobleme durch den beachtlichen Bevölkerungszuwachs in den letzten Jahren in Zentralamerika ihre besondere Schärfe erhalten. In praktisch allen mittelamerikanischen Staaten sind etwa 60 bis 80 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen in Händen von nur 5 bis 10 Prozent der Bevölkerung. Dabei ist die Landwirtschaft jeweils der wichtigste Wirtschaftsfaktor. So besaßen etwa in El Salvador im Jahre 1979 nur sechs Familien rund 72 000 ha, und zwar Böden nur der besten Qualität. Demgegenüber hatten 350 000 Familien nur 42 700 ha und weitere 112 000 Familien verfügten über keinen Landbesitz. Niemand wird es da noch wundern, wenn es zu schweren sozialen Erschütterungen kommt.

Insofern ist der Konflikt in Zentralamerika kein Produkt des Weltkommunismus. Er ist die hausgemachte Folge sozialer Ungerechtigkeiten und ausgebliebener Reformen. Allerdings boten diese sozialen Spannungen Kuba und anderen kommunistischen Staaten den bequemen Einstieg für Interventionen.

Grundlage jeder nachhaltigen Friedenslösung müssen deshalb erfolgreich durchgeführte Reformen sein. Diese müssen die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse ebenso umfassen wie den gesellschaftspolitischen Rahmen, wobei allen Kräften die Möglichkeit einer Mitgestaltung in einer pluralistischen Ordnung gegeben werden muß. Die Kissinger-Kommission, auf deren Empfehlungen die heutige Mittelamerikapolitik der USA weitgehend basiert, hat dies erkannt und plädierte für eine massive Verstärkung der Wirtschaftshilfe, allerdings bei Fortführung der Militärhilfe.

Vor diesem Hintergrund stellt sich fast zwangsläufig die Frage, wie die Europäer ihre Rolle in Zentralamerika sehen, und in welcher Weise sie ihr künftiges Engagement verstärken wollen.

Neben dem Sicherheitsaspekt und der Bündnispartnerschaft mit den USA gibt es gewichtige Gründe, warum die Europäer in der letzten Zeit näher an Zentralamerika herangerückt sind. Dabei ist das vergrößerte Interesse wechselseitiger Natur. Für die fünf mittelamerikanischen Staaten ist die EG nach den USA der wichtigste Absatzmarkt und der zweitgrößte ausländische Investor. Der Schwerpunkt der Entwicklungshilfe der EG an Lateinamerika liegt schon seit einigen Jahren in Zentralamerika. So wurden von 1979 bis 1983 560 Millionen DM an diese Region geleistet, hauptsächlich finanzielle und technische Hilfe, aber auch Nahrungsmittelhilfe.

Ziele der EG-Politik

Die Ziele der EG-Politik in Mittelamerika lassen sich anhand der Ergebnisse der San José-Konferenz wie folgt nachzeichnen:

1. Europa ist bereit, zum Abbau der in Mittelamerika herrschenden Konfliktsituation beizutragen. Die Konferenz hat eine neue Struktur für den Dialog zwischen

Europa und Zentralamerika auf politischer und wirtschaftlicher Ebene festgelegt: Es sind regelmäßige Treffen zwischen Europa und Zentralamerika auf Minister-Ebene oder auf der Ebene hoher Beamter vorgesehen. Damit werden die Bemühungen der Länder Zentralamerikas um die Überwindung der Gewalt und Instabilität sowie die Förderung der sozialen Gerechtigkeit, der wirtschaftlichen Entwicklung und der Achtung der Menschenrechte und demokratischen Freiheiten unterstützt.

2. Die Regierungen der zentralamerikanischen Länder sollen häufiger zu solchen Verhandlungen zusammenkommen, die zu gegenseitigem Verständnis führen können. Es sind politische Lösungen erforderlich, die ihren Ursprung in der Region selbst haben. Europa unterstützt die im Rahmen des Contadora-Planes laufenden Friedensbemühungen.

3. Die EG-Mitglieder betonen die Bedeutung einer auf die regionale Integration ausgerichteten wirtschaftlichen Entwicklung (Gemeinsamer Zentralamerikanischer Markt – MCCA). Der Handel zwischen EG und Zentralamerika soll ausgeweitet und diversifiziert werden; im Bereich des Allgemeinen Präferenzsystems sind Erleichterungen und Ausweitungen ins Auge gefaßt. Der Investitionsschutz in zentralamerikanischen Ländern soll als Anreiz für Privatinvestoren verbessert werden.

4. Die Gemeinschaft ist zu einer wesentlichen Erhöhung ihrer Hilfe für Zentralamerika bereit. Es werden vorrangig regional und sozial ausgerichtete Vorhaben insbesondere in der Landwirtschaft und ländlichen Entwicklung und zugunsten der Flüchtlinge unterstützt. Schon 1984 sagte die EG der Zentralamerikanischen Bank für wirtschaftliche Integration (BCIE) eine Hilfe von 20 Mio. ECU (rund 45 Mio. DM) für die Förderung kleinerer und mittlerer Unternehmen in den fünf zentralamerikanischen Mitgliedstaaten zu. El Salvador und Guatemala wurden 1985 in die Liste der möglichen Empfänger von Nichtassoziiertenhilfe der EG neu aufgenommen.

5. Die EG und Zentralamerika verhandeln über ein Kooperationsabkommen über wirtschaftliche, handels- und entwicklungspolitische Zusammenarbeit. Für die Bundesregierung war und ist dabei wichtig, daß durch Beteiligung eines regionalen Vertragspartners, nämlich des Zentralamerikanischen Wirtschaftsrats, ein Integrations- und Selbstreinigungsprozeß der zentralamerikanischen Länder gefördert wird, der zur politischen Stabilität und Demokratisierung der Region beiträgt. Dabei wird der politische Dialog zwischen den beiden Regionen nicht formaler Bestandteil des Abkommens, sondern wie üblich im Rahmen der europäischen politischen Zusammenarbeit geführt werden.

Deutsche Zentralamerikapolitik

Eine stärkere Hinwendung Europas zu Lateinamerika ist überfällig. Eine verstärkte Kooperation

zwischen beiden Staatengruppen erfordert eine neue politische Qualität, was voraussetzt, daß es einen qualitativen Sprung im öffentlichen Bewußtsein Europas gibt, das dann eine andere Qualität haben wird als die bisherige Obsession durch Problemländer wie Chile und Nicaragua.

Die Bundesrepublik Deutschland ist innerhalb der EG der wichtigste Handelspartner der fünf Staaten des Zentralamerikanischen Gemeinsamen Marktes. 1984 bezog die Bundesrepublik Waren aus Zentralamerika und der Karibik im Wert von 1,51 Mrd. DM und exportierte dorthin für 1,33 Mrd. DM. Der Handel mit der Region hat steigende Tendenz.

Im Vergleich zu den recht umfangreichen und seit langem bestehenden Handelsverflechtungen sind deutsche Privatinvestitionen relativ jüngeren Datums und, gemessen an dem Engagement der deutschen Industrie in Südamerika, noch recht bescheiden. Im gesamten zentralamerikanischen Raum belief sich bis Ende 1984 die Gesamtsumme der Investitionen auf etwas mehr als 4,1 Mrd. DM. Eine deutliche Konzentration dieser Investitionen zeichnet sich auf den Niederländischen Antillen, in Mexiko und in Panama ab.

Ohne auf Einzelheiten einzugehen, soll als Beispiel des Willens der Bundesrepublik Deutschland, die Integrationskräfte in dieser Region zu stärken, die enge Zusammenarbeit mit der Caribbean Development Bank hervorgehoben werden. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat bisher die Mittel für die Entwicklungsarbeit bewußt über diese Bank geleitet, um ihre Rolle als Motor für eine Integration im karibischen Raum zu stärken. Die Bundesregierung prüft, ob sie der Bank auch formell als Mitglied beitrifft. 1984 hat die Bundesregierung 104 Mio. DM an Entwicklungshilfe für Zentralamerika bereitgestellt, 1985 waren es 172 Mio. DM.

Die Bundesregierung läßt sich dabei von folgenden Zielen und Grundsätzen leiten:

1. Uneingeschränkte Respektierung des Völkerrechts, insbesondere der Souveränität und der territorialen Integrität aller Staaten der Region, 2. Förderung von Unabhängigkeit und Respektierung von Blockfreiheit, 3. Stärkung der ökonomischen und politischen Selbständigkeit, 4. Ablehnung jeglicher direkten und indirekten militärischen Einmischung, 5. Beilegung der Konflikte in der Region auf politischem Wege und im Rahmen regionaler Lösungsansätze, 6. Vermeidung einer weiteren Militarisierung der Konflikte und schließlich 7. Unterstützung der Bemühungen der Contadora-Gruppe, deren augenblickliche Schwierigkeiten auch die Bundesregierung nicht übersehen kann, für die es aber nach ihrer Auffassung keine Alternative gibt.

Die Bundesregierung weiß sich in diesen Zielen und Grundsätzen einig mit den Bundestagsparteien, die – mit Ausnahme der Grünen – im Dezember 1984 gemeinsam eine Beschlußempfehlung über die Ent-

wicklungszusammenarbeit mit der Karibik und Mittelamerika eingebracht haben. In dieser Beschlußempfehlung wird unter anderem gefordert, daß demokratische Länder und solche, die sich um den Aufbau demokratischer und sozial gerechter Strukturen bemühen, bevorzugt unterstützt werden sollen. Insgesamt wird gefordert, daß die Mittel der Entwicklungshilfe für diese Region wesentlich erhöht werden, und auch der Einsatz von Nicht-Regierungsorganisationen weiter substantiell unterstützt wird. Schwerpunktbereiche der deutschen Hilfe sind Steigerung der landwirtschaftlichen und gewerblichen Erzeugung und Produktivität, Energieversorgung, Verkehrsinfrastruktur, Ausbildung, Basisgesundheitswesen und Förderung der betrieblichen Kooperation.

Die Rolle der Kirchen

Das Bild der Entwicklungszusammenarbeit mit Zentralamerika wäre unvollständig, wenn nicht die zahlreichen Bemühungen der Nicht-Regierungsorganisationen erwähnt würden. Es bedarf keiner weiteren Begründung, warum gerade die Kirchen traditionell in diesem Raum entwicklungspolitisch aktiv sind. Die Bundesregierung unterstützt seit 1962 kirchliche Entwicklungsprojekte in dieser Region mit dem Ziel, die vielfältigen originären Ansatzpunkte der Kirchen mit ihren leistungsstarken Basisstrukturen für die Verbesserung der sozialen Verhältnisse zu nutzen. In bisher 16 Ländern der Region wurden 299 Projekte

Aus dem Inhalt

Europas Engagement ist gefordert	1
Internationale Verschuldung	5
Protestantismus heute und der Geist des Sozialismus	6
Das System der Apartheid muß ein Ende haben	11
Buthlezi – Hoffnung für einen friedlichen Ausgleich in Südafrika	12
Ein hochaufragender Leuchtturm	13
Eugen Gerstenmaier zum Gedächtnis	14
Aus unserer Arbeit	14
Änderung des Paragraphen 116 AFG	15
Buchbesprechung	16

mit Bundesmitteln in Höhe von 153 Mio. DM gefördert. Das Schwergewicht der geförderten Maßnahmen lag mit 121 Vorhaben im Bereich Bildung, Ausbildung und Erwachsenenbildung; in der Land- und Forstwirtschaft und in der ländlichen Entwicklung wurden 62 Vorhaben gefördert.

Das Wechselspiel zwischen staatlicher und kirchlicher Hilfe zeigt sich besonders deutlich am Fall Nicaragua. Bekanntlich hat die Bundesregierung die staatliche Entwicklungshilfe an dieses Land wegen der fortdauernden Destabilisierungspolitik in der Region eingefroren, was sie nicht daran gehindert hat, die Maßnahmen der Kirchen, die direkt der notleidenden Bevölkerung zugute kommen, weiterhin zu fördern. Seit dem Sturz Somozas wurden insgesamt 24 Vorhaben mit 14,8 Mio. DM bezuschußt.

Die Kirchen sehen in Zentralamerika ihr Engagement besonders auf dem Feld der Herstellung sozialer Gerechtigkeit, auf dem maßgeblich die Frage entschieden wird, ob die Region in Zukunft Frieden hat. Die kirchliche Hilfe leistet damit direkt einen Beitrag zur Konfliktlösung, und deshalb kann sie auch in Zukunft bei dem geplanten Anstieg ihrer Hilfe in Zentralamerika der Unterstützung der Bundesregierung sicher sein.

Die politische Bildungsarbeit mit gesellschaftlichen Gruppen, deren Existenz Voraussetzung für den angestrebten Pluralismus und damit den Weg zur Demokratie ist, ist Gegenstand der vier politischen Stiftungen in der Bundesrepublik. Sie orientieren sich in ihren Zielvorstellungen an den Grundwerten der ihnen nahestehenden Parteien. Trotz der sich daraus ergebenden Unterschiede läßt sich ein breiter Bereich von Gemeinsamkeiten feststellen, was ihre Zusammenarbeit mit Genossenschaften und Gewerkschaften, mit Unternehmerverbänden und politischen Parteien in Entwicklungsländern betrifft. Dazu gehören beispielsweise: Gesellschaftliche Zusammenhänge für die Führungskräfte dieser Organisationen erkennbar machen, demokratische Inhalte und Verfahren fördern, benachteiligte Bevölkerungsgruppen stärker am Entwicklungsprozeß teilhaben lassen, entwicklungsorientierte Verhaltensweisen unter Berücksichtigung kultureller Werte der Individuen und Gruppen dieser Länder herbeiführen, gesellschaftliche Organisationen aufbauen und durch Informations- und Erfahrungsaustausch auf eine Verminderung des Nord-Süd-Gefälles hinwirken.

Die politischen Stiftungen haben aufgrund ihrer langfristigen Zusammenarbeit mit den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen dazu beigetragen, daß sich in Zentralamerika Parteien- und Gewerkschaftsstrukturen erhalten haben, die sich bei einem Übergang von diktatorischen Regimen zu demokratischen Regierungen als tragfähig erwiesen. Nicht zu unterschätzen ist der durch die Zusammenarbeit mit den Stiftungen für die Partner sich ergebende innenpolitische Schutz durch eine internationale Solidarität der demokratischen Parteien.

Was können die USA und Europa gemeinsam tun, um die schwierige Lage in Zentralamerika zu überwinden, und wo sollen sie unterschiedliche Rollen spielen? Die Interessen der USA und Europas liegen weniger weit auseinander, als es in der öffentlichen Diskussion oft den Anschein hat. Beide sind an der Überwindung der Konfliktlage mit friedlichen Mitteln und durch Unterstützung regionaler Ansätze interessiert und müssen es auch sein. Sicherheit und Frieden sind unteilbar, ob in Zentralamerika oder in Berlin. Insofern sind wir Europäer nicht von den USA zu trennen. Das heißt nicht, daß wir die amerikanische Politik gegenüber den Ländern an ihrer südlichen Peripherie in jeder Einzelheit gutheißen, aber eine gute Bündnispartnerschaft erträgt auch eine offene Diskussion. Daran sollte uns gelegen sein.

Chancen durch Dialog

Die USA müssen darüber hinaus aber zur Kenntnis nehmen, daß die Länder der zentralamerikanischen Region ihre außenpolitischen Kontakte diversifizieren wollen, daß sie sich – insbesondere vor dem Hintergrund parteipolitischer Zusammenarbeit in vielfältiger Form – wieder mehr Europa zuwenden wollen. Die alten historischen, kulturellen und persönlichen Beziehungen zwischen Lateinamerika und Europa erweisen sich trotz längerer Abstinenz der Europäer in diesem Raum als eine tragfähige Basis.

Die Länder der zentralamerikanischen Region schließlich müssen erkennen, daß eine gedeihliche Zusammenarbeit, insbesondere in der wirtschaftlichen Dimension, eine stärkere Integration ihrer Wirtschaften und eine politische Zusammenarbeit zur Stabilisierung der Region notwendig ist. Die Krise in Zentralamerika, so beklagenswert sie in ihren Auswirkungen auch ist, hat ein Gutes gehabt: Sie hat den Weg zu einem Dialog im Dreiecksverhältnis USA, Europa und Zentralamerika eröffnet, der uns die reale Chance gibt, zu einer langfristigen Stabilität und Befriedung in diesem Raum zu kommen. Dieser Dialog muß aufrechterhalten und durch konkrete Maßnahmen der Zusammenarbeit gefüllt werden; wenn dies gelingt, dürften wir ein Sorgenkind der Weltpolitik weniger haben.

Anmerkung der Redaktion: Der Autor dieses Beitrages, Dr. Volkmar Köhler, MdB, ist Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Er ist Mitglied des Ausschusses des Deutschen Bundestages für wirtschaftliche Zusammenarbeit und gehört der Kammer der EKD für Entwicklungshilfe an.

Weitere Informationen zu dem angesprochenen Themenbereich können Sie über das Pressereferat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Karl-Marx-Straße 4-6, 5300 Bonn, erhalten.

Quelle: Wir entnehmen diesen Text den Lutherischen Monatsheften, Nr. 3, 25. Jg., März 1986. Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des verantwortlichen Redakteurs, Dr. Hans Weissgerber.

Anschrift: Knochenhauerstraße 42, 3000 Hannover 1.

Internationale Verschuldung

Der amerikanische Finanzminister James Baker hat vor kurzem einen neuen Vorschlag zur Bewältigung der internationalen Schuldenkrise gemacht: Weltbank und private Banken sollen einen gemeinsamen Kredit-Topf mit 29 Milliarden Dollar schaffen und damit den 15 höchst verschuldeten Ländern über die Runden helfen.

Das internationale Schuldenproblem hat sich – nach einer Phase der Entspannung zwischen 1982 und 1984 – im letzten Jahr erneut zugespitzt. Die Gründe für die Verschärfung der Krise:

Die Weltmarktpreise aller Rohstoffe sind – in Dollar gerechnet – durchschnittlich um 5 Prozent gefallen. Folge: Länder, die auf den Verkauf ihrer Rohstoffe angewiesen sind, erlösten weniger Devisen durch ihre Exporte.

Die Konjunkturabkühlung in den USA ließ die Nachfrage nach Importen aus der Dritten Welt sinken. Auch dadurch wurden die Deviseneinnahmen der Entwicklungsländer gedrückt.

Die rückläufigen Deviseneinnahmen der Entwicklungsländer führen dazu, daß ihnen die notwendigen Dollar fehlen, um ihre Schulden zu bezahlen. So entsteht ein Teufelskreis, weil die Banken den säumigen Schuldnern neue Überbrückungskredite verweigern. Ein gutes Beispiel für diesen Mechanismus ist Argentinien (Graphik).

Argentinien muß inzwischen rund 80 Prozent seiner Exporterlöse für Tilgung und Zinsen aufwenden.

Der Vorschlag des US-Finanzministers sieht so aus:

Es soll ein neuer Kredit-Topf geschaffen und mit 29 Milliarden Dollar angefüllt werden. Zur Finanzierung sollen die privaten Banken 20 Milliarden und die Weltbank 9 Milliarden beitragen.

Die Mittel des Baker-Planes sollen gezielt den am höchsten verschuldeten Ländern zugute kommen. Das amerikanische Finanzministerium hat eine entsprechende Liste mit 15 Kandidaten aufgestellt (Graphik). Als Gegen-

leistung sollen diese Länder grundlegende Reformen ihrer Wirtschaft einleiten. Ziel: Sie sollen ihr Wirtschaftswachstum langfristig aus eigener Kraft sichern. Die geforderten Reformmaßnahmen im einzelnen:

- Weniger Staat zugunsten höherer Priorität für den Privatsektor;
- stärkere Anreize für Ersparnisbildung und Investitionen;
- Beendigung staatlicher Eingriffe bei zentralen Größen wie Zinsen, Lohn und Wechselkurs;
- Inflationsbekämpfung durch stabilitäts-konforme Geld- und Fiskalpolitik.

Allerdings: Noch existiert der Baker-Plan praktisch nur auf dem Papier. Trotz zahlreicher Beratungen ist bislang mit keinem Land ein entsprechendes Hilfsprogramm vereinbart worden. Beide Seiten sind eher zurückhaltend.

Die Gründe:

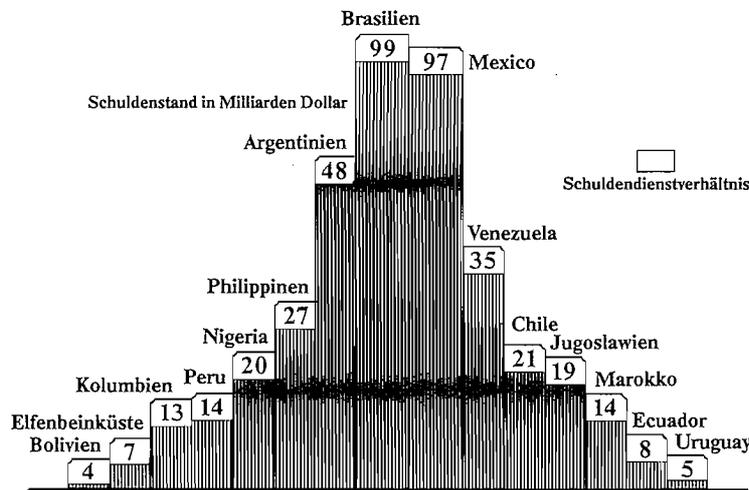
Keines der potentiellen Empfängerländer möchte in die Situation eines Versuchskaninchens geraten. Besonders vor den wirtschaftspolitischen Auflagen schrecken viele Länder zurück.

Die privaten Banken als Hauptgeldgeber konnten sich nur zögernd für den Plan erwärmen. Sie sind nur dann zu weiteren Neuausleihungen bereit, wenn Weltbank und Internationaler Währungsfonds größere Verantwortung übernehmen – sprich: die Kredite absichern.

Aber: Selbst wenn diese Hindernisse ausgeräumt sind, ist mit dem Baker-Plan noch nicht das Ei des Kolumbus gefunden. Mögliche Probleme:

- Durch die Konzentration auf die größten Problemfälle könnten die übrigen Schuldnerländer zu kurz kommen.
- Länder, die bereits in der Vergangenheit unter großen eigenen Opfern den volkswirtschaftlichen

Die Spitze des Schuldenbergs



Die Verschuldung der 15 Baker-Plan-Kandidaten
 Schuldendienstverhältnis: Tilgung und Zinsen in Prozent aller Exporte; Quelle: The Economist
 Institut der deutschen Wirtschaft iwd

Anpassungsprozeß eingeleitet haben, könnten in ihren Anstrengungen nachlassen.

Umgekehrt gilt aber auch: Zahlreiche Staaten bemühen sich, ebenfalls in das Programm aufgenommen zu werden. Die Drohung einiger Länder, alle Zahlungen zu

verweigern, scheint nunmehr abgewendet zu sein. Vielmehr wollen diese Nationen nun ihre Situation mit neuen Krediten verbessern.

Das wichtigste Plus für den Baker-Plan ist jedoch: Es gibt im Moment keine Alternative – die Verschuldungssituation ist ernst. Gerade in

den letzten Wochen hat der Ölpreisverfall die Lage einiger Länder wie Mexiko drastisch verschlimmert.

Hinweis der Redaktion:

Text und Schaubild entnehmen wir dem „Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft“ vom 20. Februar 1986.

Protestantismus heute und der Geist des Sozialismus

Menno Aden

Gibt es den „typischen Protestanten“? Wenn ja, hängt dieser dem „Geist des Sozialismus“ an? Sind evangelische Pastoren verunsichert und katholische unmoderner weil unpolitischer? Haben weite Teile des Protestantismus ihre persönliche Beziehung zu Gott verloren und sind sie daher orientierungslos? Diesen und weiteren Fragen geht der Autor des nachfolgenden Beitrages, Dr. jur. Menno Aden, Essen, nach. Seine streitbaren Thesen regen zum Nachdenken an; wir stellen sie zur Diskussion (vgl. „Unsere Autoren“).

Max Weber stellte Anfang des Jahrhunderts die These auf, daß ein Zusammenhang zwischen Konfessionszugehörigkeit und wirtschaftlichem Verhalten bestehe. Bei sonst gleichen Bedingungen sei der Protestant wirtschaftlich erfolgreicher als der Katholik. Der Zusammenhang zwischen Bekenntnis und wirtschaftlichem Lebenserfolg einer Person wird von Weber hergestellt durch die mit einer Fülle von Beobachtungen und literarischen Hinweisen abgestützte Überlegung, daß der protestantischen Ethik der Geist des Kapitalismus wesentlich sei. Dabei ist für Max Weber unzweifelhaft, daß der Geist des Kapitalismus der Schlüssel zum wirtschaftlichen Aufstieg des Einzelnen ist. Von Adam Smith ist die Folgerung abzuleiten, daß der Erfolg des einzelnen gleichsam als Reflex den wirtschaftlichen Erfolg der Gemeinschaft, welcher er angehört, mit bedingt. Sieht man, wie Karl Marx es tut, das Bürgertum als den Träger dieses kapitalistischen Geistes, dann stimmt dieser Prophet des Sozialismus ein in den

Chor derer, welche die großen Erfolge des Kapitalismus preisen. Im kommunistischen Manifest heißt es:

„... Die Bourgeoisie hat in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhafte und kolossale Produktionskräfte geschaffen als alle vergangenen Generationen zusammen...“.

Die Bourgeoisie war protestantisch, auch wenn Marx selbst dieses Merkmal nicht hervorhebt.

Die Erfolge des Bürgertums fanden statt in den protestantisch geprägten Niederlanden, in England und Nordamerika, und auch in den hauptsächlich protestantisch geprägten Landesteilen Deutschlands. Das mehrheitlich protestantische Preußen, das protestantische Sachsen waren Träger des industriellen Fortschritts. Die zahlreichen Manufakturen, die heute zum Teil Weltruf haben, entstanden im protestantischen Schwaben, im Bergischen Land – nicht in Bayern oder der Pfalz oder dem mehrheitlich katholischen Schlesien.

Auch wenn sie im einzelnen nicht unumstritten sind, werden Webers Thesen heute vielfach geradezu als ein Grundsatz der Soziologie angesehen und z. B. von dem jüngst verstorbenen Theologen Thielicke unbesehen akzeptiert. Thomas Mann nimmt für sich in Anspruch, dieselbe These kongenial erfüllt zu haben.

Die Richtigkeit der Weberschen These sei hier nicht geprüft; sie sei

unterstellt. Mit ihr scheint sich aber die Beobachtung nicht zu vertragen, daß der typische *heutige Protestant* sich zu allem eher bekennen wird als zum Geist des Kapitalismus. Auch wenn das mit Negativwertungen besetzte Wort „Kapitalismus“ vermieden wird und durch freundlichere Ausdrücke wie Verkehrswirtschaft, freie Marktwirtschaft u. ä. ersetzt und im Begriffsinhalt auch tatsächlich abgeschwächt wird, ist es eher die Ausnahme, daß ein durchschnittlicher Protestant sich hierzu bekennt. Ohne das schmückende Beiwort „sozial“ ist der Begriff Marktwirtschaft heute ohnehin nicht konsensfähig. Der typische Protestant, so scheint es, hängt heute dem Geist des Sozialismus an.

Es ist Zweck der folgenden Überlegungen zu prüfen, ob dieses eine zufällige Erscheinung ist, oder ob im Sinne bzw. in Fortführung der Weberschen Theorie eine innere Beziehung besteht zwischen Konfessionszugehörigkeit und wirtschaftlich-politischer Grundeinstellung.

Der Geist des Kapitalismus

Einen Wertgegenstand kann man in zweifacher Weise nutzen: Er kann verbraucht, konsumiert werden, dann verschwindet der Wertgegenstand schließlich aus der Hand seines Trägers; er kann aber auch zum Erwerb neuer Werte eingesetzt werden. Der Eigentümer

des Wertgegenstandes steht vor einer ungleichen Wahl: Entweder sicherer Genuß, dabei aber Verlust des Gutes oder Risikoeinsatz und möglicher Verlust ohne Genuß, freilich mit der Aussicht auf zusätzlichen Erwerb. In Bezug auf den erhofften zusätzlichen Erwerb stellt sich wieder dieselbe Alternative und danach abermals usw. Grundsätzlich liegt es in unserer Natur, daß ein Gut ohne Umwege zur Befriedigung von Bedürfnissen oder zur Bereitung eines Genusses verwendet wird. Wenn kein Plan für die Verwendung des Gutes besteht, ist dieses der Weg, welchen es nimmt und auf welchem es am Ende verschwindet. Werterhalt und Wertvermehrung setzt einen Plan voraus und die Bereitschaft, auf Befriedigung von Bedürfnissen und Genüssen zu verzichten. Durch solchen intellektuellen (Plan) und sittlichen (Verzicht) Aufwand wird aus dem Wertgegenstand ein Kapital im wirtschaftlichen Sinne. Die Tatsache, daß in unserer heutigen Wirtschaft Kapital vorhanden ist, zeigt, daß dieser Aufwand von seinem Inhaber, dem Kapitalisten, oder seinen Rechtsvorgängern geleistet wurde. Man mag bei dem Namen Flick Gedanken verschiedener Art haben – die 5 Milliarden DM in der Hand dieses Mannes wären aber heute nicht da, wenn sein Vater ein Playboy gewesen wäre.

In der Natur, und auch in der menschlichen Seele, geschieht wohl nichts ohne Grund. Der Aufwand, der zur Kapitalbildung führt, ist durch die Hoffnung auf eine Belohnung begründet. Diese kann ganz materiell sein, z. B.: Verzichte ich in diesem Jahr auf Urlaub, kann ich im Nächsten doppelt so weit und lange urlauben. Die Belohnung kann aber auch immateriell sein, etwa im Sinne einer Aussicht auf das Jenseits oder einfach in dem Gefühl bestehen, dem Gebot Gottes entsprochen zu haben, wobei die Hoffnung auf jenseitige Belohnung mitschwingen mag. Der Verzicht ist daher die eigentliche Wurzel des Kapitalismus und seine Voraussetzung, die Verlagerung der erwarteten Belohnung für diesen Verzicht in eine ideelle Sphäre ist

seine eigentümliche sittliche Leistung.

Der Verzicht des Kapitalisten findet im wesentlichen in zwei Formen statt. Die im Deutschen etwas kühl wirkenden Worte Fleiß und Sparsamkeit bezeichnen den Verzicht auf Bequemlichkeit und Ruhe sowie auf Sättigung gegenwärtiger oder vorweggenommener Bedürfnisse. In zahllosen Lesebuchgeschichten älterer Zeit, in den Äußerungen fast aller unserer großen Dichter wurden diese beiden Ausprägungen des Verzichts als Tugenden herausgestellt. Auf einer höheren ideellen Ebene wird der Verzicht geradezu als die Erfüllung menschlicher Bestimmung angesehen. Die großen Bildungsromane des 19. Jahrhunderts münden in diese Aussage. Goethes Roman „Wilhelm Meisters Wanderjahre“ trägt z. B. den Untertitel „Die Entsayenden“.

Es mag philosophisch möglich sein, sittliches Handeln von der Vorstellung eines persönlichen Gottes loszulösen und so den genannten Verzicht abstrakt, ohne Rücksicht auf eine jenseitige Gegenleistung zu erbringen. Unsere Vorfahren waren aber mehrheitlich keine Philosophen. Die tragenden Schichten des Bürgertums, glaubten so selbstverständlich an Gott wie wir an die Regelmäßigkeit der Physik. Atheisten mochte es unter Philosophen einige geben. Für die wirtschaftenden und arbeitenden Schichten lag bis ins ausgehende 19. Jahrhundert die Vorstellung einer Welt ohne einen persönlichen Gott völlig fern; im Gegenteil, selbst unbedeutende Lebensregungen wurden ständig auf Gott und sein Gebot bezogen. Es war daher selbstverständlich, daß jemand, der zugunsten einer ideellen Genugtuung einen Verzicht leistete, diese Genugtuung, nur bei Gott erwartete. Diese Erwartung setzte die bestimmte Vorstellung voraus, daß ein persönlicher Gott diesen Verzicht wohlwollend zur Kenntnis nehme. Gott muß also, wenn dieser Verzicht innerlich legitimiert werden sollte, als jemand geglaubt werden, der an dem Individuum und seinem Verzicht in irgendeiner Weise interessiert ist.

Gott als Gläubiger des protestantischen Lebens

Luther und Kant waren insofern einig, als jeder auf seinem Gebiet die endgültige Überzeugung begründete, daß der Mensch nicht über Gott verfügen kann. Gottes Existenz ist weder nachweisbar (Kant) noch ist Gottes Wirken in eine feste Beziehung zum menschlichen Handeln zu bringen (Luther). Gottes Platz ist außer der Welt. Für die protestantische Theologie dieses Jahrhunderts scheint es ein Hauptanliegen zu sein, die Unverfügbarkeit Gottes für den Menschen zu formulieren. Alle unsere Werke und sittlichen Vorstellungen wirken, in der Sicht dieser Theologie, ausschließlich diesseitig. Es ist unsicher, ob Gott unsere Werke annimmt. Der Glaube ist allenfalls in der Lage, eine näherungsweise Angleichung unseres Tuns an Gottes Willen zu vollziehen. Das Ergebnis der Reformation war es daher, daß klösterliches und kontemplatives Leben ihren Lohn dahin hatten:

„Bei Dir gilt nichts denn Gnad und Gunst, die Sünden zu vergeben/Es ist all unser Tun umsonst auch in dem besten Leben . . .“ (Luther).

Und Paul Gerhardt sagt: „Mit Sorgen und mit Grämen/und mit selbsteigner Pein/läßt Gott sich gar nichts nehmen/ . . .“

Was soll ein Mensch, dem wie unseren Vorfahren die Existenz eines an uns persönlich teilnehmenden Gottes unverrückbare Wahrheit war, angesichts solcher Botschaft tun? Will er nicht in müden Fatalismus verfallen, bleibt nur ein Weg:

„Sing, bet und geh auf Gottes Wegen/Verricht das Deine nur getreu/und trau des Himmels reichen Segen . . .“ (Neumark, 1657).

Das Losungswort, mit welchem das Christentum im Abendland begonnen hatte, „bete und arbeite“, bekam so mit der reformatorischen Gnadenlehre seine Bedeutung zurück. Wer die Überzeugung, daß Gott lebt und uns Menschen zu einem Zweck geschaffen hat, teilt, muß sich verpflichtet fühlen, das zu tun, was er als dem erkannten

Zweck dienlich empfindet. Arbeit und Beruf bekommen so seit der Reformation positive Begriffsinhalte, die ihnen zuvor nicht eigen waren, und umgekehrt gerät der tatenlose Genuß des Lebens und der Glücksgüter in den Bereich des Anstößigen. Max Weber weist nach, daß der Begriff Beruf, welcher den antiken Sprachen und auch der Bibel fremd war, erst im Gefolge der Reformation entstand. Seine Entsprechungen in den europäischen Sprachen stehen möglicherweise unter dem Einfluß der lutherischen Übersetzung.

Was Gott mit dem Menschen im Sinne hat, wußten unsere Vorfahren so wenig wie wir – aber negativ läßt sich gewiß sagen: Es war in der Überzeugung unserer Väter seit der Reformation zweifelsfrei, daß ein tatenloses Dahinleben, daß der Genuß und der Verbrauch materieller Güter Gott nicht wohlgefällig sein kann. Der Protestant, der sich einerseits veranlaßt sah, „das Seine getreu zu verrichten“ und in seinem Beruf Erfolg zu suchen, war daher andererseits gehindert, seine materiellen Erfolge zu genießen. Das berufliche Streben, welches sich in dem Erwerb materieller Güter niederschlägt, war daher theologisch zugleich begründet wie begrenzt. Denn natürlich gilt Jesu Wort: „was helfe es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne und nähme doch Schaden an seiner Seele“. Dieser als von Gott geboten angesehene Erwerbstrieb hat mit Habsucht nur eine formale Ähnlichkeit. Der Geist des Kapitalismus wird also allen sozialistischen Protestationen zum Trotz nicht durch den fressenden, qualmenden Fabrikherrn verkörpert, sondern eher wohl durch den Typ des hageren Asketen, wie er sich z. B. in der Gestalt des legendären J. D. Rockefeller zeigte.

Der Verlust des persönlichen Gottes

„Niemand hat Gott je gesehen“, sagt Paulus, und es ist, als wollte er sagen, daß Gott eigentlich personhaft sichtbar sei, hatte doch Moses mit Gott von Person zu Person verkehrt. Für die mittelalterliche Kirche

war Gott in diesem Sinne eine Person mit Regungen und Eigenschaften, die denen des Menschen wesensähnlich und uns nachvollziehbar sind. Die Reformatoren haben diese Gottesvorstellung anfangs eher noch verfestigt. In fast archaischer Weise wurde Gott, dessen Bild durch die scholastische Philosophie modernen Anschauungen schon weitgehend angenähert war, von der Reformation mit irdischen Farben gemalt. „Gott sitzt im Regimente und leitet alles wohl“. So wie es der Choral singt, so stellte man sich auch den kräftigen, männlich entschlossenen Fürsten vor. Einen solchen Mann gilt es, sehr ernst zu nehmen – mag er auch gnädig sein, ist doch sein Zorn sehr zu fürchten.

Wir Protestanten haben in unserer Mehrheit dieses mutige Bild von Gottvater, dem wir persönlich gegenüberstehen, nicht durchgehalten. Verschiedene Gründe (zuletzt wohl die Entmythologisierungstheologie) haben an der Entstellung dieses Bildes mitgewirkt. In immer komplizierteren Formeln dreht sich die protestantische Theologie um das Unsagbare und zerredet den Dreieinigen Gott des sonntäglichen Glaubensbekenntnisses. Wenn z. B. mit den Worten eines modernen Theologen „Gott nicht ist, sondern in der Geschichte geschieht“, dann ist jedenfalls für den Laien, der Weg nicht mehr weit, bis „gottlos über Gott geredet wird“. Einige evangelische Pastoren unserer Tage sind offenbar zutiefst verunsichert, und der normale Protestant hört oft nicht mehr hin. Das starke Interesse, welches viele protestantische Pastoren heute für politische Tagesfragen zeigen, wird von vielen Laien ganz unreflektiert als Folge des persönlichen Glaubensnotstandes dieser Amtsträger gedeutet.

Die Katholiken haben diese Schwierigkeiten – noch? – nicht. War „ihr“ Thomas von Aquin im 13. Jahrhundert moderner in seinem Gottesbild als manche späteren protestantischen Theologen, so sind die zeitgenössischen katholischen Theologen anscheinend „unmoderner“ als ihre protestantischen Kollegen. Der katholische Gott und seine Ausprägungen sind

sehr viel griffiger für den Menschen als der Gott der heutigen Protestanten. Dem Menschen mag es gelingen, sich einem persönlichen Gott gegenüberzustellen, aber das von der Reformation geschaffene unmittelbare Verhältnis Gott/Mensch überfordert ihn, wenn auf der anderen Seite niemand mehr steht und nur noch eine Chiffre der Transzendenz kaltes Erschauern fordert. In der katholischen Kirche wird hingegen durch die hierarchische Hinaufstufung der dem Menschen scheinbar noch möglichen Einsichten über den durch ein besonderes Sakrament geweihten Priester und den Bischof zum Papst und die Tradition der Kirche ein Mechanismus vorgehalten, mit welchem sich der einzelne entsprechend seiner religiösen Begabung der Gottesfrage nähern kann, ohne gleich zu Beginn des Weges, wie wir Protestanten, in ein schwarzes Loch starren zu müssen. Der Lobpreis der Maria, die mystische Gegenwart der Heiligen sind weitere Wegzeigerungen, die uns Protestanten nicht gereicht werden.

Der Verlust des persönlichen Gottes und damit der Verlust aller Werte, welche wir im letzten Grund auf Gott und sein Gebot beziehen, ist daher heute offenbar in erster Linie eine Gefahr des Protestantentums.

Unsere Autoren:

Dr. Volkmar Köhler, MdB
Parl. Staatssekretär beim Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Karl-Marx-Straße 4
5300 Bonn 1

Dr. Menno Aden
Am Gerichtshaus 1 a
4300 Essen 15

Pfarrer Dr. Lutz Mohaupt
Up de Worth 1 a
2000 Hamburg 65

Horst Leichtenberger
EAB
Alfredstr. 53
4300 Essen 1

Erwin Ortmann
EAN
Hunsrückstr. 8
5000 Köln 60

Staatsminister Albrecht Martin, MdL
Landesvertretung Rheinland-Pfalz
Schedesstraße 1-3
5300 Bonn

Will er sich nicht in einen letztlich doch wohl konventikelhaften Fundamentalismus eingraben, wird seine Glaubensbereitschaft bloßgestellt, wenn es aufgrund neuer Techniken gelingt, z. B. die Wettervorhersage zu verbessern oder Retortenbabies zu produzieren. Es ist eine paradoxe Erscheinung unserer Zeit, daß im Gegensatz zu früheren Jahrhunderten den Hochgebildeten und auch den Naturforschern ein Gottesglaube leichter zu fallen scheint (man denke an die Frömmigkeit Einsteins aber auch wohl Heisenbergs) als einem kaufmännischen Angestellten. Auch dieser leugnet Gott in der Regel wohl nicht, aber er rechnet nicht mehr mit ihm als einer bestimmenden Größe seines Lebens.

Das sozialistische Gesicht des Protestantismus

Das Evangelium ist im Tiefsten . . . sozialistisch. Es steigert den Wert des Menschen und schickt sich an, die gegenwärtige Gesellschaft umzubilden . . . den Sozialismus zu schaffen, der sich gründet auf dem Bewußtsein einer geistigen Einheit und eines gemeinsamen Ziels“ (A. v. Harnack). Das frühe Christentum verbreitete sich daher, wie derselbe Autor ausführt, hauptsächlich und zuerst in den unteren Schichten. Für die Reformation, wenn vielleicht auch in geringerem Maße als für ihre hussitische Vorläuferin, galt dasselbe. Mochte der Bauernkrieg von 1525 Folge oder nur zeitgleiche Nebenerscheinung der Reformation sein – genug, daß man aus den Worten der Reformatoren, auch Luthers selbst, Folgerungen ziehen konnte, die auf eine allgemeine Umgestaltung der sozialen Verhältnisse zielten. „Die Bauern – so berichtet Ranke – wollten nicht mehr leibeigen sein, denn Christus habe auch sie mit seinem kostbaren Blut erlöst“. Luther selbst zog diese Folgerungen nicht oder doch nur in maßvoller Weise. Er trat der weltlichen Nutzenanwendung seiner auf die Gleichheit aller Menschen gebauten Thesen jedenfalls in ihren radikalen Ausprägungen (Th. Müntzer) fast brutal entgegen. Aber das Wort von der Gleichheit war in der Welt. War der Bauer, insofern er

Christ war, dem Fürsten gleich, wie konnten dann so große Unterschiede gerechtfertigt sein, insofern sie beide Menschen waren! Verschiedene Forderungen Luthers und der Reformatoren, z. B. die nach Schulen für alle, selbst für Mädchen, sollten später zum Kernbestand der Forderungen sozialistischer Parteien gehören.

Es bestand von Anfang an eine starke formale Ähnlichkeit zwischen dem, was erst im Laufe der Geschichte als Sozialismus ideologische Gestalt annahm, und dem Anliegen der Reformation. In ihren formalen Ausprägungen war die Reformation ein Akt der Revolte gegen die vorgefundenen Wertvorstellungen und – was diese Ähnlichkeit unterstreicht – diese Revolte wurde ins Werk gesetzt unter Berufung auf die Interessen auch der Masse des Volkes. Das Wort „Protestant“, ursprünglich eine Benennung ebenso zufällig wie die Namensgebung Amerikas, blieb an uns hängen, und jeder fühlt, auch ohne Kenntnis von seiner historischen Entstehung, daß dieses Wort etwas Richtiges trifft.

Die Protestanten wurden das dynamische Element nicht nur in Deutschland, sondern mehr noch in den Nachbarländern. Ihr Bewußtsein, Gott unmittelbar verantwortlich zu sein, relativierte alle bestehende Ordnung und alle bürgerlichen Beschränkungen. Die Protestanten machten, mit Ausnahme Englands, zwar keine blutigen Revolutionen, aber ständische Unterschiede, ja selbst der Adel des Königs, bedeuteten ihnen weniger, waren in minderem Maße gottgewollt, als es den zeitgenössischen Katholiken erscheinen mochte. Ordnung und Formen waren in protestantischen Ländern weniger sicher gegründet als in katholischen Regionen. Denn Gott fordert nach evangelischer Überzeugung nicht die Beobachtung bestimmter bürgerlicher Regeln und Gesetze als Selbstzweck, Gott fordert zugleich weniger und mehr, nämlich daß ein jeder das Seine getreu und ohne Werkheiligkeit verrichte – oder mit den Worten des Evangelisten „zu wirken, solange es Tag ist, denn es kommt die Nacht, da

niemand wirken kann“. (Joh. 9,4). Wer in dieser Weise zu Gottes Ehre und, wenn möglich, zur eigenen Seligkeit wirkt, folgt seinen eigenen Gesetzen, denn die Gesetze dieser Welt und ihre sozialen Ordnungen müssen für nichts geachtet werden, wenn sie nicht dem eigentlichen Ziel des Lebens, gute Frucht zu bringen, dienen. In diesem Sinne hatte schon Luther die Freiheit des Christenmenschen verkündet „als freien Herrn über alle Dinge und niemandem untertan“.

Ist ein persönlicher Gott aber nicht mehr da – wem sollen wir die gute Frucht darbringen? Ist Gott zu einer übersinnlichen Variablen geworden – welchen Sinn hat es, ihm zuliebe durch Verzicht auf Muße und Konsum unser Leben zu heiligen? Wer Gott nicht mehr ernst nimmt, wird den Ehebruch und andere Verfehlungen auch nicht mehr ernst nehmen. Insbesondere ist überhaupt nicht einzusehen, was jemanden veranlassen könnte, unermüdlich zu streben und zu schaffen – es sei denn, es geschähe aus so niedrigen Beweggründen wie Habsucht und Geiz. Eben dieses ist der Vorwurf, der still oder offen, rel
Un
vol
rurig sein

Der Protestant, der seiner traditionellen Glaubensüberzeugung gemäß allgemein anerkannten Werten kritischer gegenübersteht als der Anhänger einer autoritativen Religion, wird durch den Verlust des persönlichen Gottes besonders nachhaltig getroffen – er gerät in Gefahr, ganz orientierungslos zu werden. Er zweifelt an allen Werten, die – da ihr positiver Bezugspunkt, nämlich Gott, nicht mehr gesehen wird – nur noch als lästige Einschränkungen seiner Freiheit und seines Bedürfnisses, seine Wünsche zu befriedigen, empfunden werden. Protestantische Ethik ohne Gott gerinnt dann zu dem, was sie zur einen Hälfte schon immer war – ein Konglomerat von Ideen, die sich inhaltlich und formal mit dem Kernbestand sozialistischer Ideen decken. Ein heutiger typischer Protestant, der bewußt oder nicht, für sich den Weg der

protestantischen Theologie von Gottvater zum eschatologischen Denkmodell nachvollzogen hat, muß also zu einer Weltanschauung neigen, deren Hauptausprägungen sich nach überwiegender Meinung der Bevölkerung in der SPD eher wiederfinden als in der CDU.

Der typische Katholik, aber auch der Protestant, der sich in den Formen traditioneller Frömmigkeit einem persönlichen Gott verantwortlich fühlt, ist offenbar nicht in derselben Weise vom Verlust richtunggebender Werte bedroht. Es wird daher kein Zufall sein, daß die Landstriche in der Bundesrepublik, welche heute die größte wirtschaftliche Dynamik aufweisen, zugleich diejenigen sind, in denen die konservativsten Anschauungen in Bezug auf Tugenden und richtunggebende Grundwerte anzutreffen sind. Diese Landstriche sind entweder katholisch, wie in Bayern, oder – so in Württemberg – in einer Weise evangelisch, daß ein Norddeutscher wehmütig werden kann, wenn er dort den Gottesdienst besucht. Auch dieses wird kaum ein Zufall sein. Die eingangs dargelegte These Max Webers trifft daher in ihrer Grundvoraussetzung auch heute zu; allerdings nicht auf den Protestanten von heute, sondern auf denjenigen, der sich, gleichgültig ob Katholik oder Protestant, die Beziehung zu einem persönlichen Gott bewahrt hat.

Die CDU und der Protestantismus heute

Die CDU hat Schwierigkeiten, sich selbst zu sehen. Daraus ergeben sich Irritationen bei der Selbstdarstellung gegenüber der Öffentlichkeit. Obwohl sie nicht bestehen könnte, wenn sie nicht auch von großen Teilen der Arbeitnehmerschaft getragen und gewählt würde, haftet ihr der Geruch der Arbeitgeberpartei an. Etwa die Hälfte der Wähler in Schleswig-Holstein hat, allen Erfolgen der Bonner Regierungskoalition zum Trotz, jetzt wiederum „links“ gewählt. Das gibt Veranlassung, über mögliche Gründe des Wahlverhaltens der – überwiegend protestantischen – Wähler nachzudenken. Ein Grund wird

darin gesucht werden dürfen, daß Teile der CDU und CSU die ethischen Grundlagen ihrer eigenen Politik nicht mehr kennen, geschweige denn bekennen. Das spürt der Wähler, wie es der Patient spürt, ohne selbst Mediziner zu sein, wenn der Arzt sich seiner Kunst unsicher fühlt. Grundlage unserer Politik ist das Bewußtsein, daß jeder Mensch, aber auch unser Volk, „vor Gott und den Menschen“ (Präambel des Grundgesetzes) Verantwortung für sich selbst und damit für andere trägt. Dieses Bewußtsein, einer höheren Instanz als dem Wahlvolk in seiner wechselnden Gunst verpflichtet zu sein, gab z. B. Ludwig Erhard den Mut, nicht den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen und durch Umverteilung und Sozialismus dem Volk Annehmlichkeiten zu verschaffen, auf welche es nach solchen schweren Jahren wohl eher Anspruch gehabt hätte als heute. Dieses Bewußtsein ist in dem Maße verloren gegangen, wie wir duldeten, daß Wohlstand und Vollbeschäftigung, sichere Rente und niedrige Inflation, zu primären Staatszielen avancierten. Wir fürchten den Geist des Kapitalismus heute mehr als vor 30 Jahren, weil wir verlernt haben, darin auch eine sittliche Größe zu sehen. Wie wir wichtige Bezugspunkte unserer Werteordnung verloren haben, so verloren wir weithin das Verständnis dafür, daß der Geist des Kapitalismus nicht identisch ist mit Habgier und Eigennutz. Halbherzig billigen wir dem Erfolgreichen seine Gewinne zu, und Selbstzweifel plagen uns, wenn Markt und Wettbewerb tatsächlich das bewirken, was sie sollen – nämlich durch Konkurse und Arbeitslosigkeit Schwachstellen offenzulegen. Wir sind kaum bereit zu dem Bekenntnis, daß das Ethos eines wagemutigen Unternehmers geschweige denn das eines Börsenspekulanten, dem Ethos eines mit seinem Gehalt zufriedenen Angestellten überlegen sein kann. Wir nehmen schuldbewußt den Vorwurf hin, letztlich sei das System der Marktwirtschaft brutal und ein Dienst am Mammon, und zögern mit der Antwort, daß der von Neidgefühl geprägte Gleichheitskomplex heuti-

ger Sozialisten noch viel weniger mit irgendeiner bekannten Religion vereinbar ist.

Die CDU ist in Gefahr, über äußeren Erfolgen das ethische Primat ihrer politischen Grundüberzeugung dem sozialistischen Geist zu überlassen. Protestanten, die hoffen mögen, ihre verlorene Orientierung in den politischen Aussagen der CDU wiederzufinden, werden enttäuscht und bleiben, wo sie politisch bereits sind oder wenden sich einer Politik zu, die scheinbar ein gewisses Ethos verkörpert.

In der Tat kommt dem Kerngedanken des Sozialismus eine scheinbare Evidenz zu: Gerechtigkeit durch Gleichheit! Aber er ist dennoch falsch, weil die Gleichheit nicht, wie von den Sozialisten, als eine Gleichheit der materiellen Zustände und Berechtigungen mißverstanden werden darf, auch wenn sie dazu eines Tages führen mag. Gleichheit muß zuerst darin bestehen, daß jeder gleichermaßen in dem vollen Ausmaße, wie er es vermag, Verantwortung für sich selbst und seinen Lebenskreis übernimmt – dann sind alle gleich, wiewohl sie nicht alle dasselbe tun. Die Bewahrung oder Rückgewinnung des ethischen Primats dieser Grundüberzeugung muß die Aufgabe der CDU in den nächsten Dekaden sein. Wenn dieses nicht gelingt, werden weitere Teile des gegenwärtigen Protestantismus außerhalb der CDU bleiben, und es wird keine Aussicht bestehen, die Mehrheit der Wählerstimmen für einen längeren Zeitraum auf sich zu ziehen. Wir müssen uns dazu bekennen, daß jeder Mensch, auch im materiellen Bereich, selbstverantwortlich ist, daß es nicht das höchste Ziel der Menschenkinder sein kann, eine gesicherte Rente und vor dem Bezug derselben einen sicheren Arbeitsplatz zu haben. Verantwortung schließt Risiko ein. Der Wettbewerb um diesseitige Güter kann des Schweißes der Edlen wert sein und ist den Gleichheits- und Selbstbeschränkungsparolen des heutigen Sozialismus überlegen, wenn wir wiederum wissen, wem wir letztlich verantwortlich sind. Die CDU ist den deutschen Protestanten das „C“ schuldig.

Das System der Apartheid muß ein Ende haben

Die Republik Südafrika wird seit Monaten von schweren Unruhen erschüttert. Sie sind vor allem das Ergebnis der menschenunwürdigen Apartheid. Die Menschenrechte sind nur für die weiße Minderheit Südafrikas gesichert. Die Menschenrechte und die Würde der schwarzen Bevölkerungsmehrheit werden dagegen tagtäglich in schwerster Weise verletzt, erklärte **Generalsekretär Heiner Geißler** auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem südafrikanischen Politiker **Chief Buthelezi**.

Seit 1985 gilt der Ausnahmezustand. Grundrechte, wie die Meinungs- und Pressefreiheit, die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit oder die Unverletzlichkeit der Person, sind eingeschränkt oder aufgehoben. In südafrikanischen Gefängnissen wird gefoltert. Schwarze Bürger sind willkürlicher Verhaftung ausgesetzt, unliebsame Kritiker des Apartheid-Regimes werden gebannt. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands lehnt jede Form von Rassismus ab. Sie verurteilt die schweren Verletzungen der Menschenrechte und der demokratischen Grundsätze durch die südafrikanische Regierung. Die CDU verlangt von Südafrika die Achtung der Menschenrechte sowie den Abbau und baldmögliche Beseitigung aller sozialen und politischen Rassendiskriminierungen.

Deshalb stellen wir folgende Forderungen:

- Die Aufhebung des Ausnahmezustandes;
- die Einstellung der Zwangsumsiedlungen;
- die Gewährung der Staatsbürgerschaft für alle in Südafrika lebenden Schwarzen;
- Freizügigkeit für alle Bewohner des Landes;
- die Aufhebung der diskriminierenden Paßgesetze, wie vorgeschlagen zum 1. Juli 1986;

- Schaffung der Voraussetzungen für die langfristige Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für alle Bewohner des Landes;

- Freilassung aller politischer Gefangenen.

Anzustreben ist ein schneller und friedlicher Wandel, der den Interessen aller Beteiligten gerecht werden muß. Anzustreben ist eine gesellschaftliche und politische Ordnung, die von der Zustimmung aller Südafrikaner getragen wird, und in der alle ethnischen Gruppen gerechten Anteil an der Gestaltung der Geschicke ihres Landes haben.

Wir anerkennen, daß in Südafrika Bestrebungen im Gange sind, zu mehr politischen Rechten der schwarzen Bevölkerung zu kommen. Dies unterscheidet Südafrika von anderen Staaten, in denen Menschenrechte verletzt werden, zum Beispiel Chile, Nicaragua, Kuba, Sowjetunion und Afghanistan.

Die CDU begrüßt, daß Staatspräsident Botha die Apartheid als „veraltetes Konzept“ betrachtet und unterstützt den eingeleiteten Reformprozeß in Südafrika. Botha kündigte Ende Januar 1986 für das kommende Halbjahr weitere Reformen an, darunter die Abschaffung der „Paßgesetze“ zum 1. Juli 1986, die Zuerkennung der südafrikanischen Staatsbürgerschaft an alle Schwarzen, auch an die in den „unabhängigen“ homelands, die Umstrukturierung des „Presidents Council“, um auch den Politikern der schwarzen Bevölkerungsgruppen die Möglichkeit für die Teilnahme zu geben und die Schaffung eines nationalen Verfassungsrates („Statutory Council“), in dem sowohl Vertreter der südafrikanischen Regierung, Vertreter der sich selbst regierenden „nationalen Staaten“ (homelands) und Führer anderer schwarzer Einheiten und Interessengruppen zusammentreten sollen.

Die Willenserklärung Bothas ist zu begrüßen, ihr müssen jedoch Taten folgen. Wir wissen, dieser Wandel kann nicht von heute auf morgen erfolgen: aber Eile tut Not, wenn eine Katastrophe verhindert werden soll.

Wir haben aber auch Verständnis für die Sorgen der Weißen um die Zukunft des Landes bei einer Umkehrung der Machtverhältnisse und für die Angst vor dem Verlust ihrer Heimat. Diese Sorgen muß man ernst nehmen und die Angst muß man abbauen, wenn man dem Reformprozeß, der durch radikale Kräfte von links und rechts angefeindet wird, eine Chance geben will. Wir lehnen wirtschaftliche Boykottmaßnahmen ab und setzen auf eine Politik des Dialogs, um die Regierung in Südafrika zur Aufgabe der Rassentrennung zu bewegen. Wir wollen nicht, daß ein weißer Rassismus durch ein System des schwarzen Rassismus abgelöst wird. Wir wollen ein demokratisches Südafrika.

Gewalt als Mittel zur Durchsetzung der berechtigten Interessen der schwarzen Bevölkerung ist der falsche Weg. Zur friedlichen Entwicklung gibt es keine sinnvolle Alternative. Deshalb unterstützen wir die Politik des Chef-Ministers von KwaZulu und Führers der Inkatha, Mangosuthu Gatsha Buthelezi. Die Inkatha ist der Gewaltlosigkeit verpflichtet. Sie will den Übergang vom Apartheid-Staat zur rassenlosen Demokratie mit Verhandlungen und nicht durch Terror erreichen. Dieser Weg, den auch andere Gruppen in Südafrika eingeschlagen haben, sollte von allen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland unterstützt werden. Unter den demokratischen Parteien sollte Einigkeit bestehen, daß die Südafrikaner nur miteinander und nicht gegeneinander ihr Land weiter aufbauen und verhindern können, daß es ins Chaos absinkt.

Revolutionäre marxistische Gruppen bieten keine Gewähr für einen friedlichen Wandel und eine friedliche Zukunft Südafrikas. Der marxistische Sozialismus hat den afrikanischen Staaten nicht die Freiheit gebracht, sondern neue Abhängigkeit und Fremdherrschaft. Die Sowjetunion und Kuba sind die Imperialisten des zwanzigsten Jahrhunderts in Afrika. Die Marxisten sind nicht bereit und aufgrund ihrer Ideologie auch nicht in der Lage, eine pluralistische Demokratie zu tolerieren. Sobald sie die Möglichkeit dazu haben, ergreifen sie selbst die totale Macht und unterdrücken und

verfolgen gewaltsam die Opposition. Nicaragua ist das Beispiel dafür.

Aus Anlaß des Besuches von Chief Buthelezi legt die CDU eine Dokumentation über die Menschenrechtsverletzungen in Südafrika vor. Wir fordern alle gesellschaftlichen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland auf, vor allem die demokratischen Parteien, die Kirchen und die Medien, sich mit uns gegen die Verletzungen der fundamentalen Rechte der nicht-weißen Bevölkerung Südafrikas zu wenden und konsequent für den möglichst raschen Abbau aller sozialen und politischen Rassendis-

kriminierungen einzutreten. Südafrika muß die politische und soziale Rassendiskriminierung überwinden.

Hinweis der Redaktion:

Die CDU Menschenrechtsdokumentation zur Lage in Südafrika erhalten Sie über die CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn.

Bereits im September vergangenen Jahres veröffentlichte der Rat der EKD seinerseits eine Erklärung zur Situation im südlichen Afrika. Diesen Text, vom Rat als öffentliches Zeugnis und Zeichen des Beistandes für die kirchlichen Partner in Südafrika verstanden, können Sie beim Kirchenamt der EKD in 3000 Hannover 21, Herrenhäuser Straße 12, anfordern.

Buthelezi – Hoffnung für einen friedlichen Ausgleich in Südafrika

Klaus-Jürgen Hedrich

Wer Gatsha Buthelezi – Chef-Minister von KwaZulu und Führer der zur Gewaltlosigkeit verpflichteten Inkatha – im persönlichen Gespräch oder vor einer größeren Zuhörerschaft erlebt, spürt, mit welcher Leidenschaft dieser Mann für einen friedlichen Ausgleich zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen im südlichen Afrika wirbt. Robert von Lucius hat ihn in der FAZ als den afrikanischsten unter den schwarzen Führern in Südafrika bezeichnet. Wohl zu Recht; denn Buthelezi betont ausdrücklich die kulturelle und historische Tradition seines Zulu-Volkes. Sein Respekt vor den Afrikanern – bei uns gewöhnlich als Buren bezeichnet –, die er wie die englischsprachigen als Landsleute weißer Hautfarbe betrachtet, ist unverkennbar.

Buthelezi ist ein Glück für Südafrika, und es ist ein Unglück, daß Leute wie Präsident Botha bisher nicht die innere Kraft aufgebracht haben, auf ihn zuzugehen. Die Zeit arbeitet im Land am Kap der Guten Hoffnung – Kap der Stürme, wie Bartholomeu Diaz es ursprünglich nannte, ist wohl heute auch im übertragenen Sinne ein angemessener Name – nicht für die Gemäßigten. Botha weiß natürlich, daß unaufhaltsam der Zeitpunkt für das Teilen der Macht gekommen ist. Will er das Land allen Ernstes den radikalen Marxisten im Führungsgremium des ANC ausliefern, für die selbst ein Oliver Tambo eine Galeonsfigur geworden ist? Die Gefahr für revolutionäre Umwälzung wächst, wenn die Hand eines gemäßigten schwarzen Führers ausgeschlagen wird.

Buthelezi hat angekündigt, er wolle gemeinsam mit der weißen Administration in Natal der Regierung in Pretoria vorschlagen, sein nicht unabhängiges Homeland KwaZulu und Natal zu einer gemeinsam verwalteten Provinz zusammenzulegen. Dieser Vorstoß ist kühn und mutig zugleich. Kwanatal dürfte beispielhaft für Südafrika werden. Da die meisten der rund 800.000 Inder und auch viele Mischlinge (Colourts) in diesem Teil des Landes leben, könnte es ein historischer Brückenschlag zwischen den Rassen werden.

Was Südafrika heute braucht, ist Ermutigung, nicht Bestrafung. Wenn der Übergang zu einer vielrassigen Gesellschaft auf der Grundlage der Gleichberechtigung, ohne daß die kulturelle Identität aufgegeben wird, gelingen soll, dann braucht das Land gesunde finanzielle und wirtschaftliche Verhältnisse. Buthelezis Ablehnung von Wirtschaftssanktionen ist deshalb nur folgerichtig. Seine Vision ist faszinierend: Das marktwirtschaftliche System an der Südspitze Afrikas, verbunden mit einer demokratischen Ordnung, könnte ausstrahlen nach ganz Schwarzafrika. Für die Kommunisten hier wie dort eine erschreckende Perspektive.

Anmerkung: Der Autor dieses Beitrages, Klaus-Jürgen Hedrich, ist Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und gehört dem EAK-Bundesvorstand an.



Klaus-Jürgen Hedrich, MdB

Ein hochaufragender Leuchtturm

Zum Tod eines bedeutenden Theologen: Helmut Thielicke

Lutz Mohaupt

„Zu Gast auf einem schönen Stern“ – so sind die 1983 veröffentlichten Lebenserinnerungen von Helmut Thielicke überschrieben. Es liegt Wehmut über diesen Worten, eine Vorahnung, daß der Abschied von dieser Erde nicht mehr allzulange auf sich warten lassen würde. In der Nacht vom 5. zum 6. März starb der theologische Lehrer und Prediger nach kurzem Krankenhausaufenthalt in Hamburg, der Stadt seines langjährigen Wirkens, im 78. Lebensjahr. Als die Biographie erschien, war Thielicke 75 Jahre alt geworden. Längst war er dazu übergegangen, im Angesicht des näherrückenden Todes Prioritäten zu setzen, Unwichtiges zu lassen, Entscheidendes noch zu vollenden. Es ist darum kein Zufall, wenn die Beschreibung seines eigenen Lebens unbedingt noch fertig werden mußte. Denn daß Thielicke zu einem der bedeutendsten Theologen unseres Jahrhunderts geworden ist, liegt nicht nur an seinem theologischen Denken und seinen wissenschaftlichen Publikationen. Es liegt vor allem an dem unauflöselichen Zusammenhang von Lehre und Leben, von Glauben und Handeln.

Seelsorger von hohen Graden

Wer weiß schon, daß Thielicke ein Leben lang ein Seelsorger von hohen Graden gewesen ist, bemüht um unendlich viele, die es schwer im Leben hatten? Er war durchdrungen von dem Willen, mit seinem Leben nicht in Widerspruch zu dem von ihm gepredigten Evangelium zu treten. Darum war er ein treuer Freund, ein Mann, der die Wahrheit liebte, auch wenn sie unbequem war. Ein Christ mit Hand und Herz sozusagen. Wie kein zweiter hat Thielicke das Evangelium unter die Leute gebracht. Er ist um die Welt gereist, weil er die Bot-



Prof. Dr. Helmut Thielicke

schaft Jesu Christi an den säkularen Zeitgenossen heranbringen wollte. In angespanntester Konzentration und unablässiger Hingabe ersuchte er, die Brücke zu schlagen zwischen einer alten Botschaft und einer modernen Zeit. Gott habe nicht zu Steinen und Klötzen, sondern zu lebendigen Menschen geredet, pflegte er in Aufnahme eines Wortes von Luther zu sagen. Und so schlug Thielicke denn mit einer Wortgewalt sondergleichen die Menschen in seinen Bann, tausende in der Hamburger Michaeliskirche, in der Universität, nicht zuletzt auch im kleinen Kreis der Freunde am Kaminfeuer.

(Am 24. Februar 1986 wollte Prof. Thielicke im Rahmen des vierten „Bonner Theologischen Gesprächs“ des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU über die „Identitätskrise der jungen Generation“ sprechen. Leider mußte er wegen seiner schweren Erkrankung wenige Tage vorher absagen. Anm. d. Red.)

Er ist ein Wegweiser – nein, was sage ich: Ein unübersehbarer,

hochaufragender Leuchtturm gewesen, der anzeigt, wo die Fahrerinne des Glaubens an Gottes Barmherzigkeit entlang führt. Seine faszinierende Ausstrahlung diente nicht dem eigenen Wohl, sondern der höheren Ehre unseres Schöpfers und Vaters im Himmel. Unüberbietbar hat er das an seinem 75. Geburtstag am 4. Dezember 1983 mit Versen von Friedrich Petrenz selbst ausgesprochen: „Der Schritt verhält. Der letzte ist gegangen. Der große Tag schickt sich zur Ruhe an. Ich bin so wach, daß ich nicht schlafen kann. Ich weiß, du wartest, Gott, mich zu empfangen. Ich bringe dir, was mir die Menschen brachten an Blumen, Lorbeer und an Dank und Ruhm. Es ist doch, Herr, dein Eigentum. Es war dein Lob allein, das alle sagten.“

Anmerkung: Dr. Lutz Mohaupt, Hauptpastor an der Hamburger „City-Kathedrale“ St. Jakobi, ist Schüler und einer der engsten Mitarbeiter von Thielicke gewesen. Unter anderem ist Mohaupt Vorstandsmitglied der von Thielicke ins Leben gerufenen Projektgruppe Glaubensinformation.

Auf der EAK-Bundestagung 1984 in Wuppertal hielt er ein vielbeachtetes Referat mit dem Titel „Barmen heute: Das Wächteramt der Kirche und die Freiheit des Christen“. Der Text kann bei der EAK-Bundesgeschäftsstelle, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, angefordert werden.

Vorstehenden Nachruf haben wir der Zeitschrift „idea-spektrum“, Nr. 11 vom 12. März 1986 entnommen.

*Wir wissen nicht,
was kommt,
aber wir wissen,
wer kommt.*

Helmut Thielicke

Eugen Gerstenmaier zum Gedächtnis

Albrecht Martin



Dr. Eugen Gerstenmaier

Mit dem Tode Eugen Gerstenmaiers haben wir nicht nur einen der bedeutendsten Politiker der

deutschen Nachkriegsgeschichte verloren, sondern auch eine der herausragendsten Persönlichkeiten der jüngeren Geschichte der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Als evangelischer Theologe und Mitglied der Bekennenden Kirche schloß er sich dem Kreisauer Kreis an und entschied sich für den aktiven politischen Kampf gegen Hitler. Sein entschiedenes Eintreten für die Freiheit der Verkündigung brachte das spätere Gründungsmitglied der CDU ins Zuchthaus.

Für den so leidgeprüften Protestanten war damit klar, daß es zum Wesen einer CDU, die aus den „Katakomben des Widerstandes“ erwachsen und selbst eine „Frucht der Läuterung und Wandlung Deutschlands und der Deutschen“ war, gehört, „daß sie über alle rationale und politische Zweckbegrün-

dung hinaus von etwas lebt, mitbestimmt und getragen wird, auf das sich zwar hinweisen läßt, das sich aber der rationalen Durchleuchtung, der psychologischen, soziologischen und politischen Analyse in einem Letzten entzieht, weil es mehr dem Bereich der persönlichen Glaubenserfahrung und des geschichtlichen Erlebnisses der Nation, als der politischen Programmatik entstammt.“

Gerstenmaier bezeichnete „die Unterwerfung unseres politischen Tuns unter christliche Verantwortung“ als den Kern, der unsere vielschichtige Volkspartei bei allen unterschiedlichen Interessen zusammenhalte.

Dieser Mann hat Normen nicht nur für das politische Handeln der CDU gesetzt; seine ethische Begründung unserer Politik wird uns ein verpflichtendes Erbe sein.

Aus unserer Arbeit

Die Union und die Einheitsgewerkschaft

Duisburg. Das Thema war brisant, der Besuch dementsprechend gut: vor „vollem Haus“ fand das mittlerweile fünfte „Duisburger Gespräch“ des EAK Duisburg statt, diesmal zum Thema „Die Union und die Einheitsgewerkschaft – Partner oder Gegner?“. EAK-Kreisvorsitzender **Reiner A. Terhorst** hatte als Gesprächsleiter für ein „ausgewogenes“ Podium gesorgt, saßen sich doch zwei Einheitsgewerkschaftler und zwei „Nicht-DGB-Gewerkschaftler“ gegenüber, alle vier übrigens auch Funktionsträger in der CDU Duisburg.

Werner Paulsen, DGB-Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen und langjähriger stellvertretender CDU-Ortsvorsitzender, vertrat eingangs die Meinung, daß schon aufgrund unüberbrückbarer programmatischer Gegensätze keine Basis für eine Partnerschaft zwischen CDU und

DGB vorhanden sei. Die offensichtliche Absicht des DGB, die Einheitsgewerkschaft in eine sozialistische Richtungsgewerkschaft umzuwandeln, stehe einem Miteinander entgegen.

In seiner Auffassung unterstützt wurde Paulsen durch **Rainer Wendt**, Pressesprecher des nordrhein-westfälischen Landesverbandes der Polizeigewerkschaft im Beamtenbund und CDU-Ortsvorsitzender, der feststellte, daß sich der DGB von einer Interessenvertretung der Arbeitnehmer zu einem politischen Kampfverband entwickelt habe, dessen Ziel es sei, die amtierende Bundesregierung zu stürzen.

Demgegenüber meinte **Fritz Hebisch**, IG-Metaller, ehemaliger Mannesmann-Betriebsrat und CDU-Ortsvorsitzender sowie stellvertretender CDA-Kreisvorsitzender, daß CDU-Mitglieder mit verantwortlich seien, daß der DGB eine solche Entwicklung genommen habe. Statt aus der Einheitsgewerkschaft auszutreten, müßten

CDU-Kollegen in den DGB hinein, um dort die Unionspositionen entscheidend zu stärken, meinte Hebisch, dann hätten auch so schamlose Demagogiekampagnen wie im Fall des Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes keine Grundlage mehr. **Heinrich Willing**, IG-Metaller und früher stellvertretender Betriebsratsvorsitzender der Thyssen Stahl AG, CDU-Rats Herr und ebenfalls Ortsvorsitzender, unterstützte Hebisch und bezeichnete die seinerzeit von den Alliierten genehmigte Gründung der Einheitsgewerkschaft als „Glücksfall“. Der DGB nehme nicht allein die Interessen der Arbeitnehmer wahr, sondern Sorge durch den Zusammenschluß vieler unterschiedlicher Meinungen für eine festere und berechenbarere Politik als dies vor 1933 der Fall war. Das Beispiel England zeige deutlich, wohin eine Zersplitterung der Gewerkschaften führe, so Willing.

An die „Eingangs-Statements“ der vier „Unions-Gewerkschaftler“ schloß sich eine

lebhaft, durchaus kontroverse Diskussion der anwesenden Gesprächsteilnehmer an. Die über 30 (!) Wortmeldungen zeigten, wie sehr diese Frage „unter den Nägeln brennt“.

Abschließend meinte EAK-Kreisvorsitzender Reiner A. Terhorst: „Eine Patentlösung, ein Knigge für CDU-Mitglieder in Gewerkschaften, wird es wohl nicht geben können. Uns als EAK erscheint es wichtig, die Gesamtproblematik aufgezeigt zu haben und weiter zu diskutieren. Wir müssen und wollen in der Demokratie untereinander streiten, allerdings ohne Verunglimpfung des Andersdenkenden. Evangelische Freiheit ist immer auch die Freiheit des Andersdenkenden. Das sollten sich auch und gerade einige DGB-Funktionäre und ‚Profi-Einpeitscher‘ zu eigen machen!“

Der EAK Duisburg wird übrigens seine bislang so erfolgreichen Duisburger Gespräche fortsetzen. Nächste Themen sind „Christsein in der DDR – ein Leben mit Entbehrungen und Verfolgungen?“ sowie „Ist Sterbehilfe ethisch legitimiert?“.

EAK-Hessen appelliert an Kirchenleitung

Frankfurt. Mit Befremden hat der Evangelische Arbeitskreis der CDU Hessen die Erklärung zur Kenntnis genommen, die von Amtsträgern der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) unter dem Motto „Für die uneingeschränkte Erhaltung des Streikrechts“ verbreitet wird. Der Vorstand des Arbeitskreises fordert die Kirchenleitung auf, sich von der Erklärung zu distanzieren und darauf hinzuwirken, daß die Diskussion über die Novellierung des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes „sachlich und verantwortlich geführt wird“.

Die von Pfarrern, kirchlichen Mitarbeitern und christlichen Arbeitnehmern abgegebene Erklärung zeige eine Verbindung von „Opposition und Altar“, die sich als ebenso unselig erweisen werde wie die einstige von „Thron und Altar“, heißt es in der Stellungnahme des evangelischen CDU-Arbeitskreises. „Die Vereinnahmung Gottes für den gewerkschaftlichen Standpunkt in einer Frage, bei der verantwortliche Christen durchaus zu verschiedenen Ergebnissen kommen können, ist ein Mißbrauch des Gottesnamens und widerspricht dem zweiten Gebot.“

Die Gleichsetzung der gegenwärtigen Verhältnisse in der Bundesrepublik mit der Situation Israels in der ägyptischen Sklaverei, wie sie in der Erklärung vorkommt, sei „schlichtweg bössartig und könne mit Unkenntnis nicht mehr entschuldigt werden“. Der wiederholte Gebrauch der Wortverbindung „Kapital und Regierung“ und deren Anwendung auf das politische System der Bundesrepublik sei ein falsches Zeugnis und verstoße gegen das neunte Gebot.

Die Erklärung sei „in ihrer wahrheitswidrigen Darstellung der Verhältnisse in unserem Staat geeignet, zu der Zerstörung dieses demokratischen, freiheitlichen, rechtsstaatlichen und sozialen Gemeinwesens beizutragen“, schreibt der CDU-Arbeitskreis. Der unverantwortliche Umgang mit theologischen Argumenten schmälere die Glaubwürdigkeit der Kirche und die unkritische globale Übernahme eines bestimmten politischen Standpunktes nehme der Kirche die Gesprächsfähigkeit.

„Lepra – die Geißel der Menschheit“

Schwetzingen. In Diskussion und Referaten nicht bei Fragen der Tagespolitik stehenbleiben – ganz dieser Zielsetzung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU entsprachen Referat und Diavortrag von **Michael Reiss**, der von Beruf Leiter des Referates „Information und Öffentlichkeits-

arbeit“ beim Deutschen Aussätzigen Hilfswerk e.V. (DAHW) in Würzburg ist. Er informierte kompetent und eindringlich über „Lepra – ein Gesicht der Not“. Am Beispiel der afrikanischen Republik Togo zeigte er außerdem Arbeitsweise und Möglichkeiten des DAHW auf.

Vielschichtige Probleme nur gemeinsam zu lösen

Hohenlohekreis. Das Asylantenproblem und das manchmal attestierte „Überschwappen der Asylantenwelle nach Deutschland“ griff der evangelische Arbeitskreis der CDU bei einer Podiumsdiskussion in Künzelsau auf. Mit Bürgermeister **Herbert Frenz**, Landtagsabgeordnetem **Ernst Keitel**, Dekan **Kirchner**, **Erich Kistner** vom Sozialamt, **Pfarrer Kuchler** von St. Paulus und **Hermann Stierle** von der Diakonischen Bezirksstelle vereinte der Arbeitskreis „Insider“ am

Änderung des Paragraphen 116 AFG

Ev. Arbeitnehmerverbände richten eine Denkschrift an ihre Kirchenleitungen in NRW

Die Evangelischen Arbeitnehmerverbände in Nordrhein-Westfalen haben ihre Kirchenleitungen darauf aufmerksam gemacht, daß in dem Streit um den Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz eine eigene Verantwortung der IG Metall, des DGB, der Arbeitgeberverbände und des Bundestages bestehe. Kritisiert wird, daß beamtete Theologen durch ihre Einmischung in die laufende Auseinandersetzung ihre geistliche Unabhängigkeit aufs Spiel setzten.

Die Verfasser fragen die Kirchenleitungen, ob nicht eine relative Unabhängigkeit die Augen und Ohren der Mächtigen in allen beteiligten Großorganisationen sensibler mache, als eine einseitige und nur aktuell begründete Parteinahme für die IG Metall. Sicher gehöre es zum Christsein beamteter Theologen, so heißt es weiter, auch die Sünden in den Strukturen zu benennen. Die Sünden seien aber nicht dort zu suchen, wo mächtige Verbände in einer freien Gesellschaft das Machtgleichgewicht erhalten oder verändern wollten. Ihre zu benennende Sünde sei ihre Selbstgerechtigkeit und Überzeugung, alle gesellschaftlich wirksamen Übel gingen von ihren Gegenspielern aus.

Zitiert wird die EKD-Denkschrift „Leistung und Wettbewerb“, in der jede gesellschaftliche Kritik, die nicht zugleich für die andere Seite offen sei, als destruktiv bezeichnet wird.

Es bestehe der begründete Verdacht, so heißt es weiter, daß die Fälle leichtfertiger Parteinahme zunehmen, das könne für die Mitarbeit in den Gemeinden tiefgehende Folgen haben.

Die Evangelischen Verbände haben in ihren Reihen eine große Zahl von Arbeitnehmern, die auch in der IG Metall organisiert sind.

Horst Leichtenberger, EAB/Nordrhein-Westfalen
Erwin Ortmann, EAN/Rheinland

Hinweis der Redaktion: Im März dieses Jahres veröffentlichten die dem Bundesverband Evang. Arbeitnehmer angehörende Evangelische Arbeitnehmer-Bewegung in Nordrhein-Westfalen (EAB) und die Evangelische Arbeitnehmerschaft im Rheinland (EAN) ein „Memorandum zum Streit um den Paragraphen 116 AFG“, die oben erwähnte „Denkschrift“.

Wenn Sie sich für diesen Text interessieren, können Sie sich an die Unterzeichner der vorstehenden Pressenotiz wenden. Hierzu vgl. „Unsere Autoren“.

Tisch, die mit der Materie täglich zu tun haben. Der Caritasverband schickte seinen Spezialisten, den Referatsleiter „ausländische Flüchtlinge“ beim Diözesan-Caritas-Verband in Stuttgart, **Thomas Reuther**, ins Rennen.

Abgebaut werden mußten zuerst allgemeine Vorurteile. So könne nach Reuther nicht von einer „Asylantenflut“ gesprochen werden, wenn in der Bundesrepublik statistisch ein Flüchtling auf 616 Einwohner entfalle. In Belgien, Italien, Österreich und der Schweiz seien es weitaus mehr, in Überseeländern wie zum Beispiel dem Sudan mit einem Flüchtling auf sieben Einwohner sei das Verhältnis noch unausgeglichen. Asylant sei zudem nicht Asylant, erklärte Reuther und verwies darauf, daß trotz der Nichtanerkennung als Asylant noch lange nicht gesagt sei, daß der nach Deutschland gekommene Flüchtling ausgewiesen werden müsse. Verträge wie das Genfer Flüchtlingsabkommen und andere stünden dem entgegen.

Das Problem der ausländischen Flüchtlinge, die aus einem fremden Religions- und Kulturkreis nach Deutschland kommen, wurde allgemein als menschliches, organisatorisches und rechtliches angesehen. Einig war man sich auch darüber, daß diesen Menschen an der Basis geholfen werden müsse, nicht nur mit der Beschaffung von Wohnraum und den lebensnotwendigen Dingen, sondern vor allen

Dingen mit sozialer Betreuung. Dabei wurde der „Schwarze Peter“ der Kompetenz reihum weitergereicht.

Christen sollten das Gebot der Nächstenliebe praktizieren und für alle da sein, die Hilfe bedürfen, erklärte Dekan Kirchner, zu selektieren zwischen „echten“ Flüchtlingen und „Wirtschaftsflüchtlingen“ habe der Staat. Die Hilflosigkeit beider Seiten, Asylanten und Helfenwollender, hob Pfarrer Küchler hervor, und Hermann Stierle kam zum Dreh- und Angelpunkt der Angelegenheit, indem er feststellte, daß Ehrenamtlichkeit bei der sozialen Betreuung der Flüchtlinge nicht mehr ausreichend sei.

Landtagsabgeordneter Keitel bekannte sich zum Grundrecht auf politisches Asyl und auch zur Notwendigkeit finanzieller Hilfe.

Geburtstag – Wolfgang Baader wurde 70

Die Kirchenpresse muß mehr von ihrem Thema, der Kirche und dem Glauben, reden. Das forderte einer der führenden evangelischen Publizisten der Nachkriegszeit, der langjährige Direktor des Evangelischen Presseverbandes Nord, Wolfgang Baader (Kiel). Baader beging am 14. März seinen 70. Geburtstag. Gegenüber *idea* sagte er, der Leser eines Kirchenblattes

wolle „etwas Handfestes haben, etwas von Kirche lesen. Er erwartet weder Gewerkschaftspolitik noch Jahre hindurch Südafrika ohne Ende.“ Manches kirchliche Blatt kümmerge heute vor sich hin, „weil dort mehr vom Zeitgeist als vom Heiligen Geist die Rede ist.“ Baader – auch Vorsitzender des Verbandes der Zeitschriftenverlage in Hamburg und Schleswig-Holstein – hält es für entscheidend, daß die kirchliche Publizistik auch den Verkündigungsauftrag der Kirche mitverfolgt: „Warum nicht auch eine fromme Presse?“ Die meisten Kirchenblätter haben in den letzten Jahren gravierende Auflagenverluste hinnehmen müssen. Neben inhaltlichen Gründen machte Baader dafür die Tatsache verantwortlich, daß die evangelische Presse zu sehr fremdbestimmt sei – „durch kirchenbehördliche Besserwisseri, durch Dilettantismus und mangelndes Management“. Bereits beim Neuaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg hätten „die Kirchenbehörden das Sagen“ gehabt. Kritisch beleuchtet Baader auch, daß einer Fusion der beiden großen evangelischen Wochenblätter „Deutsche Zeitung/Christ und Welt“ und „Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt“ keine Chance eingeräumt worden sei. Er glaubt, daß dem „persönlich gefärbte Aversionen“ im Wege gestanden hätten. „Christ und Welt“ wurde 1979 mit der kleineren katholischen Wochenzeitung „Rheinischer Merkur“ zusammengelegt.

Buchbesprechung

Bernhard Stangl. Untersuchungen zur Diskussion um die Demokratie im Deutschen Katholizismus – unter besonderer Berücksichtigung ihrer Grundlagen und Beurteilung in den päpstlichen und konziliaren Erklärungen und Stellungnahmen.

tuduv-Studie Reihe Politikwissenschaften, Band 5, 632 Seiten, Manuskriptdruck, Paperback, DM 77,80.

Das Verhältnis Demokratie und katholische Kirche stellt sich aus historischer Sicht zweitweise als äußerst spannungsgeladen dar. Erst nach 1918 hat Rom die moderne Demokratie als Tatsache anerkannt und erst seit dem 2. Weltkrieg hat

die katholische Kirche mehr und mehr ein echt positives Verhältnis zur Demokratie gefunden, wobei allerdings offengeblieben zu sein scheint, welchen konkreten Inhalts, welchen Typs genau die so anerkannte Demokratie nun ist oder sein sollte. Angesichts dieser Situation legt der Autor umfassend und fundiert dar, wo und von wem in welchen Zusammenhängen und mit welchen Akzenten im deutschen Katholizismus das Thema Demokratie bisher bedeutsam erörtert wurde und diskutiert wird, welche Ansätze und grundlegenden Inhalte anzutreffen sind, auf welchen Grundlagen man aufbaut und – als Voraussetzung, wie sich Demokratie in den päpstlichen und

konziliaren Erklärungen und Stellungnahmen hinsichtlich ihrer Voraussetzungen und ihrer selbst darstellt. Damit wird dem Leser nicht nur ein genaues Bild über die historischen Zusammenhänge vermittelt, sondern auch der aktuellste Diskussionsstand zu den Themenbereichen Staatsgewalt, Ethik und Recht – Staat, Staatsform, Demokratie, Demokratisierung – Pluralismus, Verbände, Parteien, Toleranz und Kompromiß geliefert. Zudem werden wichtige Impulse gegeben für die gegenwärtige, über den Katholizismus hinausgehende Demokratiediskussion. Ein Buch, das sowohl für den Kundigen wie für den sich erst Orientierenden, von großem Gewinn sein wird.